

# Zukunft der Volksbegehren

**Das Urteil des Verfassungsgerichtshofs zur Unzulässigkeit des Volksbegehrens „Für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben“ hat weitreichende Bedeutung.**

Die Thüringer Verfassungsrichter haben konkrete Anforderungen an ein Volksbegehren formuliert (was eigentlich Aufgabe der Landesregierung oder der Landtagspräsidentin wäre). Nun ist klar, dass ein Volksbegehren nicht nur einen Gesetzentwurf enthalten muss, sondern eine Begründung und einen Finanzierungsvorschlag, die umfangreicher, tiefergründiger und widerspruchsfreier sein müssen als bei einem parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren.

## „Wir lassen den Kopf nicht hängen“

(mg) „Wir lassen den Kopf nicht hängen!“ Das war der Tenor einer Veranstaltung auf Einladung der Linksfraktion und der Thüringer Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben nach Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs zum Volksbegehren. Der Beistand der Bürgerallianz bei der Verhandlung und Kommunal-experte der Linksfraktion, Frank Kuschel, erläuterte nochmals die wesentlichen Punkte der Entscheidung und schlussfolgerte: „Wir haben nicht verloren sondern wesentlich zur Klärung der Rechtslage beigetragen.“ Einigkeit bestand in der Runde, dass man den Kampf für gerechte Kommunalabgaben nicht aufgibt. So wird es jetzt darum gehen, vor der Bundestagswahl im September und der Landtagswahl im kommenden Jahr auf die Parteien zuzugehen, um sie mit Wahlprüfsteinen auf das Anlie-

Die Gerichtsbegründung ist durchaus nachvollziehbar. Während der parlamentarische Gesetzentwurf im Landtag nachgebessert werden kann, ist der Gesetzentwurf eines Volksbegehrens unveränderbar und muss deshalb von vornherein „perfekt“ sein. Das Gericht hat aber auch entschieden, dass die Thüringer Verfassung ein Volksbegehren zu Abgaben nicht zulässt. Dies gilt selbst für das vorliegende Volksbegehren, das bekanntlich keine weitere finanzielle Belastung des Landshaushalts und der kommunalen Haushalte beinhaltet. Vielmehr sollte nur eine andere Finanzierung über die Abwassergebühren und eine Infrastrukturabgabe erfolgen. Doch selbst eine veränderte Abgabenstruktur verbietet die Thüringer



gen aufmerksam zu machen. Das beinhaltet u.a. die Forderung nach einer Änderung der Thüringer Verfassung zur Abmilderung des sogenannten Abgabenvorbehaltes. In den kommenden Wochen sind Regionalkonferenzen geplant, um die Bürger vor Ort für diese Aktivitäten zu sensibilisieren und zum Mitmachen einzuladen.

## Buchtipp: Kommunale Netzpolitik

Es werde in Zukunft immer schwieriger, ohne Internet auszukommen oder sich der Nutzung zu entziehen, stellt Sebastian Koch gleich am Anfang seines gelungenen Buches „Kommunale Netzpolitik“ klar. Gerade linke Kommunalpolitik müsse sich deshalb mit dem Internet auseinandersetzen. Seine Begründung leuchtet durchaus ein: Linke Politik setze sich für einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Wissen und Information sowie für die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen ein – deshalb müsse sie sicherstellen, „dass die Grundlagen für das Leben in einer digitalisierten Gesellschaft allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung stehen“.

Das Themenspektrum des Buches umfasst sowohl gesellschaftspolitische Aspekte (z.B. politische und gesellschaftliche Teilhabe, E-Government, Datenschutz, Urheberrecht oder Netzneutralität), wie auch praktische Anregungen (z.B. Web 2.0 in der öffentlichen Verwaltung, Nutzung freier Software, Livestream-Übertragung der Sitzungen kommunaler Vertretungen).

Gerade im Zusammenhang mit dem E-Government – das Koch aufgrund der Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern gerade im kommunalen Bereich für sinnvoll hält – komme der Datensicherheit eine große Bedeutung zu. Der Datenschutz sei eine zwingende Voraussetzung der Akzeptanz

von Verwaltungshandeln. Klare Forderung: Transparenz und Bürgerbeteiligung müssen sich in der Arbeit linker Kommunalpolitiker direkt widerspiegeln.

Autor Sebastian Koch ist für die ganze Spannweite seines Themas fachlich ausgewiesen: Mediengestalter, bis 2012 Mitarbeiter der netzpolitischen Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Halina Wawzyniak (derzeit persönlicher Referent des Vorsitzenden der LINKEN Berlin), sachverständiger Bürger in der Bezirksversammlung Friedrichshain-Kreuzberg u.a. zu Bürgerbeteiligung, Transparenz und Verwaltungsmodernisierung.

Wichtig: Er plädiert ausdrücklich dafür, dass linke Netzpolitik auch dafür zu sorgen habe, dass die Potentiale internetgestützter Verwaltungsangebote „nicht dazu genutzt werden, die Präsenz von Einrichtungen und die Erreichbarkeiten in der Fläche zurückzufahren“.

Das empfehlenswerte Buch stellt Band 8 der Reihe „Crashkurs Kommune“ dar, die sich an kommunalpolitisch Interessierte – Mandatsträger/-innen sowie lokal engagierte Menschen in Vereinen und Initiativen – wendet.

Stefan Wogawa

Koch, Sebastian: *Kommunale Netzpolitik. Die Möglichkeiten des Internet lokal nutzen*, VSA Verlag Hamburg 2013, 102 S., ISBN, EUR

Verfassung, so das Gericht. Unbestritten ist die Entscheidung zu respektieren, aber Anmerkungen seien gestattet. So stellt sich mir die Frage, ob es unter diesen Bedingungen noch möglich ist, ein Volksbegehren auf den Weg zu bringen. Und es sollte diskutiert werden, ob nicht politische Forderungen Gegenstand eines Volksbegehrens sein sollten, die der Landtag dann gesetzgeberisch umzusetzen hat. Im konkreten Fall wäre also Folgendes Gegenstand des Volksbegehrens: „Sind Sie dafür, dass die Abwasser- und Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden und zugleich alle abwasserwirtschaftlichen Investitionen über Gebühren refinanziert werden und anstelle der Straßenausbaubeiträge die Gemeinden ermächtigt werden, freiwillig eine Infrastrukturabgabe zu erheben?“

Ich meine, es ist illusorisch, anzunehmen, dass bei künftigen Volksbegehren die hohen Anforderungen hinsichtlich der Begründung und der Finanzierungsvorschläge durch die Bürger erfüllt werden können. Wenn man diese Arbeit den Juristen überlässt, ist das Ergebnis auf der Straße nicht mehr vermittelbar. Wie sollen zudem Bürger die Kosten für externe juristische Beratung aufbringen? Die Landesregierung hat es da einfacher. Sie kann auf Kosten des Steuerzahlers unbegrenzt Fachjuristen hinzuziehen. Ich hätte mir auch mehr Mut vom Verfassungsgericht gewünscht. Den sogenannten Haushalts- und Abgabenvorbehalt der Verfassung hätte es im Interesse des Volksbegehrens auslegen können.

Es war kein leichter Weg für die Bürgerinitiativen von der Radikalforderung nach ersatzloser Abschaffung der Beiträge hin zum Finanzierungsmodell über Gebühren und Infrastrukturabgabe. Diese erstaunliche Leistung hätte es verdient, die Verfassung bürgerfreundlicher auszulegen. Der Abgabenvorbehalt hatte eine Hauptfunktion, nämlich zu verhindern, dass Bürger Maßnahmen begehren, die die öffentlichen Haushalte belasten. Beim vorliegenden Volksbegehren ging es aber nur um die innere Struktur von Abgaben. Jetzt bleibt nur, die Verfassung zu ändern und den Haushalts- und Abgabenvorbehalt zu lockern. Im 20. Jahr der Thüringer Verfassung ist dies mehr als überfällig. LINKE und Grüne haben ihre Bereitschaft erklärt. Doch für eine Verfassungsänderung (Zwei-Drittel-Mehrheit) gilt es auch, SPD und CDU zu gewinnen.

MdL Frank Kuschel

## DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

### Barth schöpft im Trüben

Während sich die Fraktionen von CDU, DIE LINKE und SPD mit einem gemeinsamen Antrag für den Erhalt des Bosch-Standortes Arnstadt einsetzen, winken Grüne und FDP ab. Während die Grünen einen eigenen Alternativantrag ankündigen, belehrt der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Uwe Barth, den Rest der Welt, es sei falsch, eine Produktion zu erhalten, die aus sich heraus nicht überlebensfähig sei. Er meint die Solartechnik.

Barth schöpft aus dem Trüben. Wenn er über die Interessen von „mittelständischen Firmen“ philosophiert, dann hofft man, dass er wenigstens jemanden kennt, der die Wirtschaft kennt – denn Barths eigene Berufsbiographie ist auffällig wirtschaftsfremd. Von 1983 bis 1986 leistete er in der DDR brav drei Jahre Wehrdienst, studierte dann bis 1993 in nicht gerade rekordverdächtigem Dauer Physik (Abschluss: Diplom). Von 1993 bis 2005 arbeitete er in der öffentlichen Verwaltung, wurde Bundestagsabgeordneter, seit 2009 ist er Mitglied des Thüringer Landtags.

Ein politischer Mensch war Uwe Barth schon in der DDR. Er trat 1986 in die „Blockpartei“ LDPD ein. Die war Regierungspartei (stellte u.a. ab 1967 den Justizminister). Durch die Fusion der zwischenzeitlich als LDP firmierenden Truppe mit der westdeutschen FDP landete Barth wieder in einer Regierungspartei. Das lohnte sich für ihn: er wurde 1993 persönlicher Referent des Thüringer FDP-Ministers für Umwelt und Landesplanung.

Trotz des Geschimpfes von Barth und Co. auf die DDR gilt die LDPD-Mitgliedschaft heute quasi als „gedient in der FDP“. Am 18. Februar ehrte die FDP Weimar einen ihrer einheimischen Mannen für „60-jährige Mitgliedschaft bei den Liberalen“. Unterzeichnet war die Urkunde – so eine Pressemitteilung – durch „Landesvorsitzenden Uwe Barth“.

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszuweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.